



Regierungsratsbeschluss vom 06. Februar 2018

Änderung der Radio- und Fernsehverordnung (RTVV); Vernehmlassung

P171634

1. Der Regierungsrat genehmigt den vorgelegten Briefentwurf zur Weiterleitung an das Bundesamt für Kommunikation BAKOM.

Begründung

Der Regierungsrat begrüsst grundsätzlich die Änderung der Radio- und Fernsehverordnung, die unter anderem zielgruppenspezifische Werbung für die SRG und für private, konzessionierte Veranstalter ermöglicht. Er fordert jedoch zusätzlich, dass SRG wie Private gleichermassen Zugang zu den für zielgruppenspezifische Werbung erforderlichen Nutzerdaten erhalten müssen. Ferner unterstützt der Regierungsrat die vom UVEK vorgeschlagenen Begrenzungen für die SRG und begrüsst die Möglichkeit einer Leistungsvereinbarung zwischen Bund und Schweizerischen Depeschagentur (sda).

